

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Verkehrsausschuss	08.11.2016
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	15.11.2016
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	08.12.2016

### **Bürgereingabe gem. § 24GO, betr. Verlängerung der Buslinie 191 (0828/2016) Mitteilung über den Stand der Bearbeitung**

Die Bezirksvertretung 8 (Kalk) sowie der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden haben in ihren Sitzungen am 21.04. und am 26.04.2016 einen Bürgerantrag befürwortet, der als Überbrückungsmaßnahme bis zur Inbetriebnahme der geplanten Aufzüge in der unterirdischen Stadtbahn-Haltestelle Vingst eine Erweiterung des Linienwegs der Buslinie 191 vom Waldbadviertel über die Kuthstraße und Vingst bis zur Stadtbahnhaltestelle Ostheim vorsieht.

Der barrierefreie Umbau der Haltestelle Vingst hatte sich gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan verzögert, kann aber jetzt mit Hilfe der Fördermittel des Bundes durchgeführt werden. Die Planung ist fertiggestellt und die Ausschreibungen der Bauleistungen haben im Sommer 2016 begonnen. Der Baubeginn vor Ort ist für Ende 2016 mit dem Abbau der Abhangdecke in der Fahrebene geplant. Die Fertigstellung ist bis Ende 2018 vorgesehen.

Der Bürgerantrag zielt im Kern darauf ab, den Stadtteil Vingst bereits kurzfristig barrierefrei an das Bezirkszentrum Kalk und an die Innenstadt anzubinden. Allerdings ist es unter Nutzung der Buslinie 153 bereits heute möglich, von Vingst aus barrierefrei bis zur Haltestelle Bf Deutz/Lanxess-Arena und von dort mit den Stadtbahnlinien 1 und 9 sowohl nach Kalk als auch in die Innenstadt zu gelangen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Innenstadt sowie das stadteinwärts liegende Kalk die bevorzugten Ziele eines großen Teils der Fahrgäste darstellt, ist eine solche Verbindung der beantragten Anbindung über Ostheim (entgegen der gewünschten Fahrtrichtung) vorzuziehen.

Die im Bürgerantrag geforderte Verlängerung der Buslinie 191 würde überschläglich zu einer Verdoppelung der Betriebskosten führen, da dieses Angebot wegen der vorgeschriebenen Ruhezeiten für den Fahrer nicht mehr durch einen einzigen Bus-Umlauf erbracht werden kann.

Zusätzlich sollen gemäß Bürgerantrag zwei Haltestellen (in der Kuthstraße und in der Ostheimer Straße am Vingster Markt) eingerichtet und dem Ziel des Antrags entsprechend sofort barrierefrei ausgebaut werden. Diese einmalig anfallenden Kosten werden von der Verwaltung überschlägig mit rd. 80.000 € kalkuliert.

Eine Befahrung der Kuthstraße mit KVB-Bussen würde selbst bei dem angeregten Einrichtungsverkehr wegen der nur 4,9 m schmalen Fahrbahn zu erheblichen Problemen führen und eine abschnittsweise Reduzierung des beidseitig angeordneten Parkstreifens voraus setzen, um die für den Buslinienbetrieb bei Begegnungsverkehr mit anderen Kraftfahrzeugen benötigten Ausweichstellen zu schaffen. Dies würde im Bereich der dortigen Wohnblöcke zu einem verstärkten Parkraumdefizit führen.

Aus den vorgenannten Gründen lässt sich die beantragte Buslinienführung nicht kurzfristig realisieren.

Aufgrund der Probleme einer Busführung durch die südliche Kuthstraße wurde im Rahmen eines Ortstermins unter Einbeziehung der Öffentlichkeit und des WDR eine weitere Variante diskutiert. Hier-

für sollte die Linie 191 über Ostheim parallel zur Stadtbahnlinie 9 bis zur Haltestelle Vingst verlängert werden und dort in einer Blockumfahrung enden. In dieser Variante könnte die Buslinie in beiden Richtungen betrieben werden, da die befahrenen Straßen ausnahmslos ausreichende Querschnitte aufweisen. Diese Variante würde bei gleichbleibendem Taktangebot jährliche Mehrkosten von 230.000 € verursachen.

KVB und Verwaltung prüfen derzeit unabhängig von den oben dargestellten Varianten eine grundlegende Verbesserung der ÖPNV-Erschließung des Stadtteils Vingst. Im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfs des dritten Nahverkehrsplans der Stadt Köln sind sowohl im südlichen als auch im nördlichen Teil von Vingst Erschließungslücken sichtbar geworden, die mit den bisherigen Verkehrsangeboten nicht geschlossen werden können. Sobald die Planungsüberlegungen hierzu ausgereift sind, werden diese den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

Eine Umsetzung wäre zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 möglich, sofern im 1. Halbjahr die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden.

gez. Höing